

Baruther Anzeiger

Zeitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. — Bezugspreis freibleibend für den Monat 0,90 RM.
Donnerstags: Unterhaltungsbeilage „Der Familienfreund“.
Sonntags: Die illustrierte Sonntagsbeilage.
In zwangloser Folge: Blätter zur Pflege der Heimatkunde.
Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezogher keinen Anspruch auf Befreiung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsgebels.



Anzeigenpreis: Die sechsgepaaltene Kleinspalt (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreigegepaaltene Reklamezeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif.
Schriftleiter Hans Särden, Baruth (Marl).
Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Särden, Baruth (Marl).
Fernsprecher Nr. 217. — Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40.
Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für undeutlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.

Nr. 8

Donnerstag, den 19. Januar

1933

Erweiterung des Vollstreckungsschutzes.

Der Reichspräsident hat am Dienstag den Reichsjustizminister Görtner zum Vortrag über die Beschäfte des Kabinetts über den Vollstreckungsschutz in der Landwirtschaft empfangen. Der Reichspräsident hat die Notverordnung, die eine Verlängerung und Erweiterung des Vollstreckungsschutzes bringt, unterzeichnet. Die Veröffentlichung wurde für Mittwoch in Aussicht genommen. Es handelt sich hauptsächlich um die Verlängerung des Vollstreckungsschutzes bis zum Ablauf der diesjährigen Ernte und um die Erweiterung des Schutzes auf Gegenstände des beweglichen Vermögens.

Mit Rücksicht darauf, daß die Reichsminister Görtner und Barndt am Dienstag an der Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages teilnahmen, trat das Reichskabinett erst am Nachmittag wieder zu einer Besprechung zusammen. Auf der Tagesordnung stand die Erweiterung einer Reihe wirtschaftspolitischer und agrarpolitischer Fragen. Dazu gehört u. a. die in Aussicht genommene

Erhöhung der Reichszuschüsse für Wohnungsreparaturen. Bisher standen für diesen Zweck 50 Millionen zur Verfügung. Der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Dr. Gerete, hat bereits vor einiger Zeit angekündigt, daß er dem Kabinett Vorschläge dahin unterbreiten würde, diese Summe zunächst um weitere 50 Millionen zu erhöhen. Weiter dürfte sich das Kabinett mit der handelspolitischen Lage befassen haben.

Der Inhalt der Verordnung.

Die neue Notverordnung über landwirtschaftlichen Vollstreckungsschutz besteht, wie man erfährt, aus zwei Artikeln, mit denen der dritte Teil der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 in der Fassung vom 14. Juni 1932 und vom 27. September 1932 in mehrfacher Hinsicht geändert wird. Es sind folgende Veränderungen beabsichtigt:

Der § 7 erhält eine Fassung, durch die zum Ausdruck kommt:

War die Zwangsversteigerung gemäß § 5 oder auf Weilligung des betreffenden Gläubigers oder für die Dauer des landwirtschaftlichen Vermittlungsverfahrens oder auf Anordnung des Prozeßgerichtes einstweilen eingestellt, so kann sie auf Antrag des Schuldners nach den Vorschriften des § 5 erneuert eingestellt werden.

Die erneute Einstellung ist in bestimmten Fällen unzulässig, besonders wenn der Schuldner seinen Antrag mit wiederkehrenden Leistungen, welchen er im letzten Jahre vor diesem Zeitraum bewiesenen Beträgen im Rückstande ist, stellt. Der Antrag ist nur bis zum Ablauf einer Frist von zwei Monaten nach dem Zustellungs des Beschlusses zulässig.

§ 9 der Verordnung vom 8. 12. 1931 erhält die Fassung, daß eine einstweilige Einstellung der Zwangsversteigerung angeordnet, so kann die Zwangsversteigerung auf mehr als 8 Monate, jedoch nicht über 1933 hinaus erstreckt werden.

Es ist noch eine Veränderung des § 19 vorgesehen, die die Zwangsversteigerung wegen einer Geldforderung aufzuheben ist, wenn die untere Verwaltungsbehörde befiehlt, daß dem Schuldner dadurch Mittel entzogen werden, die zur Fortführung der Wirtschaft bis zur Ernte 1933 benötigt werden. Dabei muß die Gewähr für die richtige Verwendung gegeben sein. Das Gericht kann die Aufhebung davon abhängig machen, daß der Schuldner sich einer Pfändung bis nach Beendigung der Ernte unterstellt.

Weitere Bestimmungen betreffen sich mit der Einziehung der Weizen in den erweiterten Vollstreckungsschutz mit der Maßgabe, daß der Wein ausschließlich von Trauben hergestellt ist.

Rußlands Großstädte sollen veröden.

Moskau. Der Moskauer Stadtsowjet hat zu der von der Regierung dekretierten gewalttätigen Entvölkerung der Großstädte sehr scharfe Ausführungsbestimmungen erlassen. Durch die Aktion sollen die russischen Städte von allen Elementen „gereinigt“ werden, die sich bisher nicht dazu verstehen konnten, Kommunikation zu werden. Mehrere Hunderttausende Menschen sollen auf das Land hinausgeschickt und dort einem ungenügenden Schicksal ausgeliefert werden. Um zu verhindern, daß sich die Opfer der Reinigungsaktion dem gewalttätigen Abschub entziehen, hat der Moskauer Sowjet verfügt, daß in der Zeit vom 20. Januar bis zum 1. Mai keinerlei Veränderungen des Wohnorts vorgenommen werden dürfen. Die Witze hat strengen Befehl erhalten, alle für den Abschub bestimmten Personen unter strengster Bewachung zu halten und dafür zu sorgen, daß sie mindestens 10 Tage nach Verweigerung eines neuen Passes das Moskauer Stadtgebiet verlassen haben. Wer nach Verweigerung seines Passes und nach Ablauf der zehntägigen Schonfrist noch in Moskau getroffen wird, hat schwere Geld- und Gefängnisstrafen zu erwarten.

Die GPK ist „zu milde“.

Moskau. Nach zuverlässigen Nachrichten aus Moskau beabsichtigt Stalin in seinem Kampfe gegen die „gegenrevolutionären Elemente“, auch eine Reorganisation der GPK durchzuführen. Der bisherige Chef der Geheimpolizei, Menschinski, hat sich wegen allzu großer Milde unliebsam gemacht und soll zurücktreten. Als Nachfolger kommt entweder sein Vertreter Sagoda oder der Abteilungsleiter der GPK für die Ukraine, Balice, in Frage.

Prüfetei in der Eröffnungsitzung des Preussischen Landtags.

Nach längerer Pause trat der Preussische Landtag am Dienstag zu einer Sitzungssitzung zusammen, der wahrscheinlich nur bis Freitag andauern wird. Gleich in der Eröffnungsitzung kam es zu einer Prüfetei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, so daß Präsident Kerl die Sitzung unterbrechen mußte. Zu Beginn der Sitzung waren kleinere Vorlagen erledigt worden.

In der Vollziehung des Landtags am Dienstag beantragte Abgeordneter Dr. Korintenberg (Zit.) zunächst die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Nachprüfung der seit 1925 erfolgten Beschlüssen und ihre Auswirkungen auf die Gemeinden. Des weiteren brachte der Abgeordnete Uratrage ein, die sich mit einzelnen Beschlüssen beschäftigten. Abgeordneter Borch (Dnkt.) widersprach der sofortigen Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der Geschäftsordnungsausschuss müsse sich zunächst mit der Angelegenheit befassen. Präsident Kerl stellte fest, daß der Antrag nicht von den genügenden Zahl der Abgeordneten unterstützt worden sei. Dem deutschnationalen Widerspruch mußte gefolgt und die Einsetzung des Untersuchungsausschusses von der Tagesordnung abgesetzt werden.

Die übrigen Anträge gingen an den Handelsausschuß. Dem Hauptantrag wurde ein nationalsozialistischer Antrag überwiesen, der sich gegen den Plan wandte, die Kulturbaubehörden aus Frankfurt a. d. Oder zu entfernen. Ein weiterer Antrag, der die Schiffbramung von Mofel und Saar in das Arbeitsbeschaffungsprogramm einbeziehen will, wurde gleichfalls der Ausschussberatung überwiesen.

Es folgte die Beratung eines kommunifischen Antrages auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Zustände in den Fürsorgeerziehungsanstalten. Nach einer Begründung durch den Abgeordneten Schwent Romm.) hielt die Abgeordnete Frau Wachenheim (Soz.) eine parlamentarische Untersuchung nicht für unbedingt nötig, da inwärtigen Gerichtsverurteile in diesen Dingen ergangen seien. Trotzdem wolle sie einem besonderen Untersuchungsausschuß nicht widersprechen.

Als dann der Kommunist Fränken (Rheydt) einen Antrag auf Auflösung der Schwalme-Meliorationsgenossenschaft begründete, griff er die Nationalsozialisten an und warf ihnen vor, selbes Gesindel zu sein.

In diesem Augenblick kürzten nationalsozialistische Abgeordnete auf die Tribüne. Einer verlesete dem Redner einige Sätze, Kommunisten, die gleichfalls herbeigeeilt waren, zogen den Redner vom Rednerpult.

Die beiden Fraktionsvorsitzenden, Pief und Kube, mahnten ihre Leute zur Besonnenheit. Präsident Kerl versuchte gleichfalls Ruhe zu stiften. Es gelang ihm aber nicht, er mußte die Sitzung unterbrechen. Die Nationalsozialisten zogen sich auf ihre Plätze zurück und sangen stehend das Horst-Wessel-Lied.

Bei Wiederaufnahme der Verhandlungen erklärte Präsident Kerl, daß er den kommunifischen Abgeordneten Fränken sowie den nationalsozialistischen Abgeordneten Pief, der den Redner als erster angegriffen hatte, von der Diensttagung ausgeschlossen habe. Beide verließen den Saal. Endlich wurden die sachlichen Beratungen fortgesetzt.

Da zu den weiteren noch auf der Tagesordnung stehenden Anträgen das Wort nicht verlangt wurde, verlegte sich dann das Haus auf Mittwoch.

Schleichers Verhandlungen.

Neben den sachlichen Beratungen des Reichskabinetts laufen die Verhandlungen des Kanzlers mit den Parteien. Auch innerhalb des Kabinetts finden dauernd Erweiterungen der politischen Lage statt. Man erwartet allgemein, daß es jetzt zu einer Unterredung zwischen dem Reichskanzler und Sittler kommen wird. Sittler hat sich von Weimar nach Berlin begeben. Es kommt viel darauf an, wie er sich nun entziehen wird. In manchen politischen Kreisen hegt man die Hoffnung, daß es nicht zu einem offenen Bruch zwischen Regierung und der NSDAP kommen werde. Man spricht sogar davon, daß eine Vertagung der Gegenfälle zwischen der NSDAP und der Regierung bis zum Juni möglich sei.

Die verschiedensten.

Erklärungen von nationalsozialistischer Seite

verfäkten den Eindruck, daß die NSDAP in verstärkter Opposition zu treten beabsichtigt. So hat Adolf Hitler auf einer Weimarer Gaudelirerung der NSDAP erklärt, die nationalsozialistische Bewegung sei aufs neue zum Angriff übergegangen und werde ihn auf der ganzen Linie mit verdoppelter Kraft weitertragen. Während Sittler die Regierung nicht direkt angegriff, fand der nationalsozialistische Reichstagspräsident Göring in einer Rede sehr scharfe Ausdrücke gegen die Regierung. Göring bezeichnete Herrn v. Schleicher als „den Kanzler der Wilsungen“ und gebrauchte angeblich Worte Gregor Straßers, der „Schleicher als den großen Spaltplatz der Nation“ bezeichnet habe. Göring erklärte weiter, Sittler habe erkannt, wer der wahre Schleicher sei. Die Stützung der Regierung komme für die NSDAP nicht in Frage, sie brauche die ganze Führung. Getrieben werde politische Verfassung, was schon der Fall Treutranus bewiesen habe. Diese Forderungen würden aber an der NSDAP gescheitern, da ihre Forderung die Kreuz sei. Göring sagte schließlich: „Wer den Apfel der Seltene nehme, verliere sein Mannestum und das Paradies des Vertrauens“, und wandte sich dann auf das schärfste gegen Defaitismus in der Partei. — Zu in der Öffentlichkeit umgehenden Gerüchten über Unregelmäßigkeiten in der NSDAP. — Gau Berlin —, teilt die Berliner Gaudelirer der NSDAP mit, daß der stellvertretende Gaudelirer der NSDAP in Berlin, Dr. Meinshausen, und der Kampfwart des Gaues Berlin, Fellner, nicht übertrahend beurlaubt worden seien, sondern daß beide einen im Sommer nicht möglichen Urlaub jetzt angetreten

hätten. Von Gegenfällen zu Dr. Goebels könne nicht die Rede sein.

Der 1. Vorsitzende des Landesverbandes Linpe der Deutschnationalen Volkspartei, Rechtsanwalt Petri, hat dem Vorstand des Landesverbandes der NSDAP durch ein an den 2. Vorsitzenden, den neugewählten Landtagsabgeordneten Schlinkmann, gerichtetes Schreiben mitgeteilt, daß er von dem bisher von ihm inne gehaltenen Amt des Vorsitzenden zurücktrete.

Zum Austritt des Vizepräsidenten des oldenburgischen Landtages, Herloh, aus der NSDAP und Uebertritt zur NSDAP wird von deutschnationaler Seite in Oldenburg eine Erklärung veröffentlicht, die besagt, daß Zehntausende nationalsozialistischer Wähler während der Amtsperiode des nationalsozialistischen Kabinetts über aus der NSDAP, ausgetreten und zu den Deutschnationalen übergetreten seien. Wenn nun ausgerechnet ein deutschnationaler Abgeordneter die gegenteilige Konsequenz ziehe, so könne man nur sagen, daß der Deutschnationalen Volkspartei bei der letzten Kandidatenaufstellung ein Verstum unterlaufen sei.

Wachsende Schwierigkeiten in Sowjetrußland.

Stalin mag seine Genossen an.

Moskau. Wie erst jetzt bekannt wird, ergreift Stalin, nachdem er kürzlich in einer großen Rede seine Politik erläutert hatte, noch einmal vor dem Zentralkomitee des Kongresses der Kommunistischen Partei in Moskau das Wort zu Ausführungen über die Gründe des zur Zeit herrschenden Getreidemangels in der Sowjetunion. Stalin bekannte frei, daß schlechte Wetterlage oder Ernteschäden nicht an diesem Uebel schuld seien, sondern die

Fehler in der Organisation

der Bewirtschaftung der Farmen liegen. Man hätte sowjetfeindlichen Elementen die Sabotage zu leicht gemacht. „Unsere Kameraden an der Spitze der Kolchosen“, so führte Stalin mitleidig aus, „haben ihre Pflichten nicht richtig aufgefaßt. Sie dachten, die Kolchosen würden ihre Aufgabe schon ohne allzu scharfe Überwachung allein erfüllen. Sie haben dabei diese neue Bewirtschaftungsform übersehen und den konterrevolutionären Elementen gestattet, immer fester Fuß zu fassen.“